

Wahlprogramme im Überblick: Steuern

Auf den folgenden Seiten haben wir die wesentlichen Aussagen in den Wahlprogrammen in Form von Zitaten gesammelt und mit wenigen kurzen, im folgenden rot gedruckten Sätzen, eingeordnet.

Autor: Michael Houben

1. FDP

Das Wahlprogramm der FDP umfasst 94 Seiten. Das Wort „Steuer“ kommt exakt einhundert Mal vor. Bereits im Vorwort trifft die Partei ihre Kernaussage: „Für die Schwarze Null im Bundeshaushalt. Damit wir 2016 endlich erstmalig beginnen, Schulden zurück zu zahlen. Für die Abschaffung der Kalten Progression und des Solis sowie gegen neue Steuererhöhungen, um die Menschen und damit die Wachstumskräfte unseres Landes weiter zu stärken.“

Summen, welche Kosten/Minder- oder Mehreinnahmen durch die Vorschläge entstehen, nennt das Programm nicht.

„Neue Staatsaufgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung auch langfristig gesichert ist. [...]

sicher stellen, dass reale Steuermehreinnahmen, die aus Wachstum entstehen, ausschließlich für Schuldenabbau und Investitionen verwendet werden. [...] Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen. Dabei soll das Gesamtvolumen an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vorabgesondert und vom Bundeshaushalt getrennt festgelegt und stufenweise abgeschmolzen werden.“

„Progression verhindern. [...] Wir wollen deshalb die Auswirkungen der Kalten Progression alle zwei Jahre überprüfen und den Einkommensteuertarif anpassen.“ **Wie die Anpassung erfolgen soll, bleibt offen.**

„Im Grundgesetz wollen wir den Halbteilungsgrundsatz verankern. Denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen ist unverhältnismäßig und leistungsfeindlich.“ **Die FDP will also die Steuerpläne von Linken, Grünen und SPD per Grundgesetz verbieten lassen.**

„Höhere Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen lehnen wir entschieden ab. Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Einkommen- und ...des Unternehmensteuerrechts.“

„Die Steuerklasse V, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv erscheinen lässt, wollen wir deshalb abschaffen.“ **Bei einer Einteilung in die Steuerklassen III + V wird zunächst weniger Lohnsteuer abgezogen, als bei einer Einteilung in die Klasse IV. Bei zwingend nötiger Einkommenssteuererklärung muss im Folgejahr nachgezahlt werden. Die tatsächliche Steuerlast ist dann identisch.**

„Die Freibeträge der Kinder sollen schrittweise auf das Niveau der Freibeträge von Erwachsenen angehoben werden. Das Ehegattensplitting wollen wir beibehalten. Wir sprechen uns für seine Ausweitung auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften aus.“

„Die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge hat sich bewährt. Sie ermöglicht eine international abgestimmte Kapitalbesteuerung verhindert Steuerhinterziehung und vermeidet datenschutzrechtlich bedenkliche Kontrollmaßnahmen. Durch die Heraufsetzung der Freibeträge für Kapitalerträge aus Zinsen und Dividenden möchten wir den privaten Haushalten einen Anreiz zur Altersvorsorge bieten.“

Unternehmenssteuer

„Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir aufkommensneutral weiter entwickeln und vereinfachen.“

„Umstellung von der heutigen Soll-Besteuerung auf die Ist-Besteuerung bei der Mehrwertsteuer.“

„Unternehmenssteuer muss wachstumsfreundlich modernisiert werden. Dazu wollen wir sie möglichst rechtsform- und finanzierungsneutral ausgestalten und für kleine und mittlere GmbHs die so genannte transparente Besteuerung einführen.“

„Bei der Konzernbesteuerung brauchen wir ein wettbewerbsfähiges Gruppenbesteuerungsrecht nach österreichischem Vorbild. Umwandlungen innerhalb des Konzerns dürfen weder der Ertragsteuer noch der Grunderwerbsteuer unterworfen werden.“ [...] „...in Personengesellschaften, die nach der Einkommensteuer veranlagt werden, wollen wir eine steuermindernde Eigenkapitalverzinsung umsetzen, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich verwirklicht wird.“

Sonstige für Bürger relevante Steuern:

Energie: „Als sofort wirksame Maßnahme soll die Stromsteuer auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß gesenkt werden“ [...] „Ersetzung des EU-Emissionshandels durch eine CO2-Steuer lehnen wir entschieden ab.“

Benzin: „Der motorisierte Individualverkehr ist für viele Menschen unverzichtbar. Eine Verteuerung durch höhere Steuern oder Abschaffung der Pendlerpauschale lehnen wir deshalb ab.“

Reise/Verkehr: „Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland fordern wir die Abschaffung der Luftverkehrssteuer.“

Ehrenämter: „Im Steuerrecht sollen die Pauschalen für Aufwandsentschädigungen fortlaufend hinsichtlich der Preisentwicklung angepasst und Hinzuverdienstregelungen bei staatlichen Leistungen so verändert werden, dass Aufwandsentschädigungen nicht zu einer Verringerung der Hilfen führen.“

Kurioses: „Die Einführung einer Waffensteuer und die zentrale Lagerung von Jagd- und Sportwaffen dienen nicht der Sicherheit und werden deshalb von uns angelehnt.“

Fazit: Letztlich soll alles bleiben, wie es ist: Durch höhere Kinderfreibeträge und Abschaffung der Progression würden alle Lohn-/Einkommenssteuerzahler etwas entlastet. Die Entlastung fällt dabei (in ihrer absoluten Höhe) um so höher aus, je höher Einkommen und damit Steuersatz liegen. Zusätzlich sollen Kapitalerträge mit höheren Freibeträgen ausgestattet werden, das entlastet alle, die pro Person mehr als etwa 50.000 Euro Kapitalvermögen haben. Es gibt ein Bekenntnis, Neuverschuldung zu vermeiden, ggf. auch Staatsschulden zurückzuzahlen, generelle Absichtserklärung zum Subventionsabbau aber letztlich keinerlei konkrete Vorschläge für Einsparmaßnahmen. Zusätzlich wird Senkung der Stromsteuer (für alle Verbraucher und damit auch Betriebe) versprochen – die Luftverkehrsabgabe abgeschafft sowie unbestimmte Erleichterungen/Vereinfachungen für Unternehmen aller Art versprochen.

2. Die Union (CDU/CSU)

In dem 128-seitigen Wahlprogramm wird das Wort „Steuer“ 87 mal genannt. Die Kernaussage lautet: „Wir stehen dafür, dass Leistung sich lohnt. Deshalb entlasten wir die Menschen. SPD und Grüne dagegen wollen die Menschen belasten. Von ihren Steuererhöhungsplänen wäre ganz besonders unser starker Mittelstand mit seinen vielen Handwerkern und Familienunternehmern betroffen. Mit der Fortsetzung dieses Erfolgskurses und weiter steigenden Steuereinnahmen können wir in der kommenden Wahlperiode Schulden zurückführen und gleichzeitig vor allem die Familienförderung und wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur verstärken“ Die konkreteste und in vielen Absätzen dutzende Male benannte Aussage ist die Ablehnung der Pläne der Opposition. Eigene (Steuer)Pläne werden nicht benannt.

Lohn und Einkommenssteuern

„...das bestehende Ehegattensplitting erhalten und um ein Familiensplitting ergänzen. Dazu werden wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben. Zudem werden wir das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag anheben.“

„Linke Umverteilungs- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab. Steuererhöhungen und die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa würden uns zurückwerfen, Arbeitsplätze und Zukunftschancen vernichten.“

„Wir wollen deshalb die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft weiter entlasten. Dazu wollen wir die so genannte kalte Progression abbauen.“ Details bleiben offen.

Unternehmens/Vermögenssteuern

„Wir wollen mit verlässlichen Rahmenbedingungen sowie gezielter Förderpolitik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Dazu zählt für uns die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung [...] Auch die steuerlichen Anreize für eine bessere Ausstattung mit Eigenkapital werden wir ausbauen [...] Wir wollen die Fortführung der Unternehmen etwa in Familienhand fördern.“

„Nein zur Vermögensteuer – Keine Erhöhung der Erbschaftsteuer“ [...] „Unternehmen verfügen daher über entsprechend hohe Firmenvermögen, die von den rot-grünen Plänen einer höheren Erbschaftsteuer und neuer Vermögensteuern besonders betroffen wären. Dadurch wird diesen Unternehmen die Möglichkeit genommen, in neue Arbeitsplätze, in Aus- und Weiterbildung, in Forschung und Entwicklung zu investieren.“ [...] „Wer in Deutschland wirtschaftlich aktiv ist, soll hier auch Steuern zahlen.“

„Wir haben mit zehn anderen EU-Ländern verabredet, möglichst schnell eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.“

Sonstige Steuern

„Wir wollen auch in Zukunft diejenigen unterstützen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dazu wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern.“

Staatshaushalt/Defizit: „...Dazu muss man nicht die Steuern erhöhen wie Rot-Grün. Richtig ist vielmehr, sorgsam mit den Staatseinnahmen umzugehen. Deshalb haben wir die Ausgaben begrenzt, die Schuldenbremse eingeführt und ihre Regeln zum schrittweisen Abbau der Neuverschuldung von Anfang an eingehalten. Erstmals seit 40 Jahren wollen wir in der nächsten Wahlperiode einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen.“

Fazit: Es bleibt alles, wie es ist, alle Pläne der Opposition werden abgelehnt

3. Die Linke

Das Wahlprogramm der Linken umfasst 86 Seiten, auf denen das Wort „Steuern“ 111 Mal genannt wird. Im Vorwort heißt es: "Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Wir wollen Reiche und Reichtum – Millionäre, Milliardäre, Kapitalvermögen – couragiert besteuern. Hohe Einkommen müssen wieder mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent besteuert werden. Zudem wollen wir eine Millionärssteuer auf hohe Vermögen einführen. Wir wollen eine Finanztransaktionsteuer und europaweite einmalige Abgabe für Vermögen über eine Million Euro. Wir haben [...] Programm Investitionen vorgesehen, die sich zusammen auf etwa 100 Milliarden Euro belaufen.“

Lohn- und Einkommenssteuern

„Wer weniger als 6.000 Euro im Monat Einkommen hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer über ein höheres Einkommen verfügt, wird belastet.“

„Indem der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöht wird, werden auf Bruttolöhne bis 1.000 Euro im Monat keine Steuern mehr fällig.“ [...] „Bei einem monatlichen Verdienst in Höhe von 2.500 Euro müssen rund 85 Euro weniger Steuern gezahlt werden. Der Spitzensteuersatz dagegen soll ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 Euro pro Jahr wieder auf 53 Prozent erhöht werden.“

„Jeder Euro, der – nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge – über einer Million Einkommen liegt, soll mit 75 Prozent besteuert werden.“

„Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Stattdessen wollen wir eine individuelle Besteuerung einführen.“

„Die Kirchensteuer gehört abgeschafft.“

Unternehmens/Vermögenssteuern

„Vermögensteuer für Millionäre: Dabei bleibt die erste Million des Vermögens steuerfrei. Danach wird ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben. Für betriebsnotwendiges Sachvermögen von Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmern und Personenunternehmen gilt ein erhöhter Freibetrag von ___ Millionen Euro.“ **Der Freibetrag wird nicht genannt, dafür aber eine konkrete Angabe: Jährliche Mehreinnahmen belaufen sich auf 80 Milliarden Euro.**

„Für Deutschland fordert DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 10 Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro, 20 Prozent ab 10 Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. Die Mehreinnahmen betragen dann einmalig mindestens 300 Milliarden Euro.“

„Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen wir die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Normales selbstgenutztes Wohneigentum und sonstige kleinere Immobilien bleiben von der Erbschaftsteuer verschont. Jährliche Mehreinnahmen: 7 Milliarden Euro.“

„Die Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen wollen wir zurücknehmen. Jährliche Mehreinnahmen: 35 Milliarden Euro.“

„Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Hotels und Beherbergungsleistungen muss zurückgenommen werden. Jährliche Mehreinnahmen: 1 Milliarde Euro.“

„Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Jährliche Mehreinnahmen: mindestens 30 Milliarden Euro.“

„Gewerbsteuer ... in eine Gemeindegewerbesteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage ausgeweitet (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren) und der Kreis der Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbständigen und Freiberuflerinnen). Mehreinnahmen für die Kommunen: 15 Milliarden Euro.“

„Um Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wirksamer bekämpfen zu können, tritt DIE LINKE zusätzlich für den Aufbau einer Bundesfinanzpolizei ein.“

Sonstige Steuern

„Ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, arbeitsintensive Handwerks-Dienstleistungen, apothekenpflichtige Arzneimittel sowie für den Schienenpersonenverkehr.“

Wohnen: „steuerbegünstigte Veräußerung von Wohngebäuden ist abzuschaffen. Wohnungsverkäufe im Rahmen von Firmenverkäufen sind steuerlich den privaten Wohnungsverkäufen gleichzusetzen.“ [...] „steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung soll eingeschränkt werden.“

Energie: „Unberechtigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte wollen wir zügig abschaffen.“

Reisen/Verkehr: „Es muss endlich eine Steuer auf Flugbenzin eingeführt und die Mehrwertsteuerbefreiung von Auslandsflügen abgeschafft werden. Zudem sollte die Flugticketsteuer angehoben werden.“

Staatsverschuldung: Es findet sich keine konkrete Aussage zur Staats- oder Neuverschuldung, aber eine pauschale Forderung: „Weg mit der «Schuldenbremse»! Das einzige, was diese bremst und zerstört ist die soziale, kulturelle und demokratische Entwicklung der Gesellschaft. Wir setzen uns ein für ihre Streichung aus dem Grundgesetz und aus allen Landesverfassungen.“

Fazit: Eine massiver Eingriff in viele Steuern. Entlastungen für Gering- und "etwas-besser-Verdiener", massive Erhöhungen für Gut- und Spitzenverdiener. Nach Angaben der LINKEN führt Ihr Konzept zu jährlichen Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte von insgesamt 180 Milliarden Euro. Deutschland erwirtschaftete im Jahr 2012 ein Bruttoinlandsprodukt von 2643 Milliarden. 180 Milliarden höhere Steuereinnahmen, wären 6,8 Prozent vom BIP.

4. SPD

Im 126-seitigen Wahlprogramm wird die „Steuer“ 144 mal erwähnt. Das Vorwort macht hier keine Aussage zur Steuerpolitik. Grundaussagen zu Steuern und Einsparungen finden sich dennoch: „Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern“ [...] „Wir stehen zur Einhaltung der Schuldenbremse.“ [...] „Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen.“

Lohn- und Einkommenssteuern

„...anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden. [...] Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.“

„... wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.“

Sonstige Steuern

„Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert.“

„...bei der Besteuerung von Erbschaften steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten einer geringen Zahl reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden [...] bei der Erbschaftsbesteuerung künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln“

„Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen.“

„Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen“ [...] „Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen.“

„Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen [...] werden wir zurücknehmen.“

Einsparungen: „Wir wollen steuerliche Subventionen – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungskonzept streichen. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin.“

Steuerhinterziehung: „Steuerbetrug ist kein Kavaliärsdelikt [...] Wir wollen deshalb alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können. Wir wollen eine sich steigernde Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverböten bis zur Einschränkung der Banklizenz und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.“

Verbrauchssteuern: „Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen.“

Unternehmen: „...steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen, auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen“

Industriepolitik allgemein: „Die Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit großen und erfolgreichen Industriebetrieben [...] Wir wollen durch bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren erhalten und stärken.“

„Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen (in Europa) sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen.“

Fazit: Entlastungen sind für niemanden in Sicht. Eine zusätzliche Belastung wird konkret im Bereich des Spitzensteuersatzes gefordert, der ab 100.000 Euro pro Person und Jahr gelten soll. Ein zweiter konkreter Vorschlag betrifft eine Erhöhung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge. Davon abgesehen wird konkret gefordert, den von der aktuellen Koalition eingeführten ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen wieder abzuschaffen. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung gibt es nur einen einzigen konkreten Plan: zu Managergehältern. Außerdem Ankündigungen zu, Vermögenssteuer, Verschärfungen bei der Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer: Rücknahme der Umsatzsteuersenkung für Hotelübernachtung und Rücknahme einzelner Erleichterungen bei der Erbschaftssteuer. Wenige Vorschläge zum Subventionsabbau. Relativ breiten Raum nimmt die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ein.

5. Die Grünen

Mit 337 Seiten ist das Wahlprogramm der Grünen vom Umfang her der klare Sieger. Das Wort Steuer 271 Mal vor. In dem Unterkapitel „Schulden abbauen...“ findet sich eine Grundaussage zu Steuern: „Teilhaben – das braucht eine solide und solidarische Finanzierungsbasis, in der die stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren. Deshalb sollen die kleinen Einkommen entlastet und die höheren stärker einbezogen werden. [...] Erben sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung von Bildung und Kultur in den Ländern leisten. Verdienst aus Geldanlagen soll wieder genauso hoch besteuert werden, wie Verdienst aus Arbeit. Und wir wollen eine Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung“ [...] „Wir müssen daher die Einnahmen des Staates maßvoll erhöhen.“ [...] Wer mit uns regieren will, muss deshalb mit uns die Unterfinanzierung des Staates in Bund, Ländern und Kommunen durch höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen beenden.“

Einkommenssteuern

„Mit dem Auslaufen des Solidaritätszuschlages wollen wir im Rahmen einer Föderalismuskommission III eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung eines Zuschlages auf die Einkommensteuer erarbeiten.“

„...soll der Spitzensteuersatz auf 45 % bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen linear verlängert werden, um dann bei 80.000 Euro bei 49 % zu liegen. Gleichzeitig wollen wir das steuerfreie Existenzminimum für alle auf mindestens 8.700 Euro anheben. Dadurch bleiben netto ca. 3 Mrd. Euro Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. So zahlen alle mit einem Einkommen unter 60.000 Euro pro Jahr weniger, der Rest mehr.“

„...statt der Ehe wollen wir Kinder fördern. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Wir wollen bestehende und neue Ehen dabei gleichbehandeln. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform des Ehegattensplittings am Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von zusammen mindestens 60.000 Euro begrenzen würde.“ **Das bedeutet, dass die Abschaffung des Ehegattensplitting zunächst nur bei einem Gesamteinkommen von mehr als 60.000 Euro zu Mehrbelastung führen würde.** „Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagschulen und für eine Kindergrundsicherung nutzen.“

„Daneben wollen wir Kapitalerträge wie alle anderen Einkommen besteuern. Bisher werden Kapitalerträge, egal ob 10.000 oder 1 Mio. Euro, fest mit 25 % besteuert und damit ohne Grund gegenüber Einkommen aus Arbeit privilegiert.“

Vermögenssteuern

„Unser Konzept der Vermögensabgabe haben wir so gestaltet, dass Selbständigen und Unternehmern, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, ein armutsfestes und auskömmliches Alterseinkommen aus eigenem Vermögen ermöglicht wird.“ [...] „Die einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe nach Artikel 106 Grundgesetz soll über mehrere Jahre insgesamt rund 100 Mrd. Euro einbringen. [...] Die Bankenrettung hat nicht zuletzt das Eigentum der Vermögenden gesichert. Es ist deswegen fair und gerecht, von ihnen einen Beitrag zu verlangen.“

„Wir streben an, das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer auf 8,6 Mrd. Euro zu verdoppeln. [...] Wir wollen die Bevorzugung von Erbschaften und Schenkungen gegenüber anderen Einkünften einschränken. Kleine Erbschaften wollen wir weiterhin nicht besteuern. Die von der großen Koalition eingeführte Befreiung von Betriebsvermögen ist ungerecht und verfassungswidrig. Wir setzen stattdessen auf gesonderte Freibeträge und Stundungsregelungen, um Liquiditätsengpässe bei der Betriebsübertragung zu vermeiden.“

Finanztransaktionssteuer: „Der Beschluss in zunächst elf europäischen Ländern, eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ist ein Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung und grüner Politik. Bei der weiteren Ausgestaltung dieser Steuer wollen wir darauf hinwirken, dass alle Finanztransaktionen, möglichst europaweit besteuert werden.“

Unternehmen: „Überhöhte Gehälter, Boni und Phantasieabfindungen wollen wir wirksam begrenzen. Die Vergütung von Vorständen börsennotierter Unternehmen soll künftig der verbindlichen Zustimmung der Hauptversammlung unterliegen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit soll auf 500.000 Euro begrenzt werden, [...] Bonuszahlungen sollen am Gewinn orientiert sein.“

„Die Gewerbesteuer soll zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage ausgeweitet werden. Diese gilt auch für Freiberufler/Innen und zieht Zinsen, Mieten und Lizenzgebühren stärker als bisher heran.“

„Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir steuerlich fördern. Wir schaffen die Möglichkeit zur Poolabschreibung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ab und erhöhen die Grenze zur Sofortabsetzbarkeit, um so die Liquidität zu verbessern. Die steuerliche Förderung einbehaltener Gewinne (Thesaurierung) soll so ausgestaltet werden, dass auch kleinen Unternehmen diese Form der Stärkung ihres Eigenkapitals und ihrer Investitionsfähigkeit offensteht.“

Steuervermeidung/Hinterziehung: „Wir fordern ebenso einen europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht.“ [...] „Ein besserer Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist ein zentraler Baustein grüner Steuerpolitik.“ [...] „Wir fordern daher länderbezogene Offenlegungspflichten. [...] Wir setzen uns dafür ein, dass international agierende Unternehmen ihre Gewinne in den Ländern versteuern müssen, in denen sie erwirtschaftet werden.“ [...] „... Wir setzen uns für personelle und organisatorische Verbesserungen der Steuerverwaltung ein und wollen eine Bundessteuerverwaltung, die das Nebeneinander der Ländersteuerverwaltungen ersetzt. [...] Das steuerliche Bankgeheimnis muss abgeschafft und durch eine grundsätzliche Kontrollmitteilungspflicht der Banken ersetzt werden.“

Energiesteuern: „...wollen wir das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) reformieren, von teuren Industriesubventionen befreien und so die Strompreise sozialer gestalten. [...] „Wir begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen können.“ [...] „Der Anteil der Einnahmen aus Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist in den vergangenen Jahren jedoch inflationsbedingt gefallen und damit der Anreiz zu ökologischem Verhalten. Diesen Trend wollen wir durch einen schrittweisen Abbau umweltschädlicher Subventionen umkehren. Dazu gehört eine Reform der Luftverkehrsteuer, der Kfz-Steuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen ebenso wie eine ökologische Besteuerung von Dienstwagen und das Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuer. Wir wollen die

ökologische Finanzreform auch auf nicht energetische Rohstoffe ausweiten, um die umweltschädliche Verschwendung von Düngemitteln, Baustoffen und Verpackungen zu reduzieren.“

Verkehr: „Privilegien für große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir streichen und Anreize zur Nutzung besonders sparsamer Autos schaffen. Wir wollen eine Verlängerung der Steuerbegünstigung für Erdgas über 2018 als Kraftstoff prüfen, wenn mindestens 40 % des Kraftstoffs aus Biomethan oder Power-to-Gas stammen.“

„Wir wollen den Nettoflächenverbrauch bis 2020 auf höchstens 30 Hektar am Tag reduzieren und langfristig ganz stoppen. Wir wollen Abgaben und Steuern mit ökologisch wirksamen Komponenten versehen damit die Nutzung von Brachflächen, Entsiegelung und Rückbau attraktiver wird als Neuversiegelung. [...] und eine Reform der Grundsteuer. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen.“

Einsparungen: „...vorsorgen. Das gilt in der Haushaltspolitik, in der wir insbesondere mit der Vermögensabgabe den gigantischen Schuldenberg abtragen wollen.“ [...] „Die Verschuldung ist so hoch, dass für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen an Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Steuererhöhungen kein Weg vorbeiführt. Auch staatliche Ausgaben müssen effizient sein und entsprechend hinterfragt werden.“ **Im Programm findet sich anschließend eine Liste von möglichen Einsparmaßnahmen, beginnend bei Streichung einiger Agrarsubventionen, über verminderte Subvention für Firmenwagen, Verzicht auf einige staatliche Groß- und Rüstungsprojekte und Verkleinerung der Bundeswehr.**

Wirkung der Maßnahmen laut Wahlprogramm: „Unterm Strich stehen 2014 als Folge grüner Einnahmeverbesserungen, von Subventionsabbau und Einsparungen 12 Mrd. Euro für haushaltswirksame grüne Projekte zur Verfügung. Der geltende Finanzplan des Bundes bildet für diese Berechnung die Basis.“

Fazit: Nicht nur vom Volumen her – auch von der Menge konkret benannter Pläne ist das Grüne Wahlprogramm in Bezug auf Steuern Spitzenreiter bzw. teilt sich diesen Platz mit dem Programm der Linken. Anders als bei den Linken fallen die Steuererhöhungen für Spitzenverdiener allerdings moderater aus – auch die Mehreinnahmen für den Staat sind deutlich geringer. Viele Ziele und Vorschläge scheinen sich mit denen der SPD zu decken, wobei die SPD anders als Linke und Grüne auf Entlastung von Gering- und Normalverdienern verzichtet und die Grünen mehr Belastungen für Gut-Spitzenverdiener planen. Das Wahlprogramm der Grünen ist zudem das einzige, in dem eine Reihe von konkreten Einsparmaßnahmen bei den Staatsausgaben genannt werden.
